

EU-Generaldirektor kam aus Brüssel

Regionale Zusammenarbeit Dirk Ahner, verantwortlich für Regionalfragen, nahm einen Augenschein in Basel

TOPRAK YERGUZ

Dirk Ahner, Generaldirektor für Regionalfragen der Europäischen Union, fand sich für einen Arbeitsbesuch in Basel ein. «Mein Besuch war mit sehr viel Neugierde verbunden», sagte Ahner. Er habe sich vor Ort ein Bild von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit machen können. Empfangen wurde Ahner unter anderem auch von den Regierungsräten der beiden Basler Halbkantone Guy Morin und Urs Wüthrich-Pelloli.

Fruchtbare Zusammenarbeit

Die Politiker betonten die beidseitigen Vorteile der Zusammenarbeit. «Unsere europäische Wettbewerbsfähigkeit hängt von diesem Austausch ab», sagte Ahner, «und mit europäisch meine ich nicht nur die EU.» An der Universität habe er gesehen, wie sehr auch Basel von diesem Austausch profitiere. «Diese Erkenntnisse gelten von den KMU bis zur Top-Forschung.»

Guy Morin teilte diese Einschätzung: «Wir müssen eine kritische Masse erreichen, um konkurrenzfähig zu sein.» Leise Kritik übte Morin an den Medien, die immer nur Schlagzeilen über Probleme zwischen der Schweiz und der EU machen würden. «Aber 90 bis 95 Prozent unseres Alltags sind konstruktive Zusammenarbeit.» Unter

Kopfnicken der Kollegen bestätigte Wüthrich, dass die Gemeinsamkeiten deutlich überwiegen.

Die Zusammenarbeit mit EU-Staaten unterscheide sich von derjenigen mit dem Nicht-Mitglied Schweiz nur auf der administrativen Ebene, erklärte Ahner. Unter EU-Staaten sei die Arbeit geregelt, so dass sich Automatismen entwickelt hätten. Die Verhandlungen mit der Schweiz seien von Fall zu Fall anders. Wegen der Nicht-Mitgliedschaft der Schweiz sei aber noch kein Projekt gescheitert, sagte Wüthrich.

Interreg IV

«Wir sind nun in der Anfangsphase der Projektauswahl für Interreg IV», erläuterte Ahner den weiteren Fahrplan. Interreg wurde 1990 von der EU lanciert, die Schweiz unterstützt die Initiative. Sie hat die Förderung grenzüberschreitender Projekte zum Ziel. «In diesem Jahr wurden so viele Projekte eingereicht wie nie zuvor», fuhr er fort. Diese Zunahme sei auch in Zahlen deutlich lesbar. Die Zahl der kofinanzierten Projekte der EU betrug für Interreg I noch 60, Interreg III kam bereits auf 150 Projekte. Für Interreg IV, das bis 2013 laufen wird, dürften die Zahlen wiederum höher ausfallen. Von diesen Interreg-Projekten wird

nur ein Bruchteil Basel betreffen. Aber «Basel ist eine Modellregion der Interreg-Arbeit», fand Morin. Ahner bestätigte dies aus europäischer Sicht: «Hier ist eine Metropolregion mit dem Zentrum Basel. Das Modell ist «natürlich» gewachsen.»

Wüthrich äusserte sich trotz des Lobes des Generaldirektors selbstkritisch: «Wir haben noch Potenzial bei der Öffentlichkeitsarbeit bezüglich Interreg-Projekten.» Nicht allen sei klar, was diese Projekte seien und wo deren Nutzen liege. «Dabei habe ich noch keinen Menschen getroffen, der diese Projekte für unnötig hält, nachdem er sie einmal kennengelernt hat», entgegnete Ahner.



EMPFANG Dirk Ahner, EU-Generaldirektor für Regionalfragen aus Brüssel (Mitte), wird von Michael Reiterer, EU Botschafter Bern (l.) und dem Basler Regierungspräsidenten Guy Morin am EuroAirport willkommen geheissen. JURI JUNKOV



Der Euro-Airport ist eines der grossen Projekte grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

KEYSTONE

Teilhabe am Europa der Regionen

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den EU-Staaten

Irland gilt als Beispiel für den Erfolg der Regionalpolitik der EU. Doch zählt genauso die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dazu. An dieser hat die Schweiz praktisch rundum, d. h. entlang ihren gesamten Grenzen, teil. Auch diese Kooperation ist ein Erfolgsprojekt.

cs. Die EU als Europa der Regionen, um das Schlagwort, das vor Jahren oft zu hören war, ist es stiller geworden. In den Regionen Europas passiert aber dennoch viel. Herausragendes Beispiel ist Irland. Seit seinem Beitritt zur EU im Jahre 1973 hat sich Irland von einer armen zu einer prosperierenden Region entwickelt. Das Bruttoinlandprodukt lag vor 35 Jahren bei 64 Prozent des EU-Durchschnitts, heute ist es eines der höchsten der Union. Nicht zuletzt eine solide und geschickte Regionalpolitik, unterstützt durch die EU-Programme, bildete die Grundlage dieses Erfolgs. Heute konzentriert sich die auf den Abbau von Unterschieden in der Wirtschaftskraft ausgerichtete Regionalpolitik der EU auf die neuen Mitgliedländer Osteuropas sowie weiterhin auf Griechenland und Portugal.

Abbau von Handicaps der Grenze

An die zwölf Neumitglieder werden zwischen 2007 und 2013 über 50 Prozent aller Regionalausgaben fliessen, obwohl nur ein Viertel der EU-Bevölkerung in ihnen lebt. Von den für die gesamte Regionalpolitik zur Verfügung stehenden Geldern werden 82 Prozent zum Abbau von wirtschaftlichen Disparitäten verwendet. Doch europäische Regionalpolitik richtet sich auch auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Gebieten gut entwickelter Länder. Sämtliche Mitgliedstaaten

können finanzielle Unterstützung beantragen, um in innerhalb ihrer Grenzen weniger prosperierenden Regionen Innovation und Forschung, nachhaltige Entwicklung und berufliche Bildung zu fördern. 16 Prozent der Gelder sind dafür reserviert. Der kleinste Anteil der Regionalausgaben der EU, nämlich 2,5 Prozent, ist für die grenzüberschreitende, interregionale Zusammenarbeit vorgesehen. Und an dieser beteiligt sich auch die Schweiz. Diese Politik der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch den Abbau der Handicaps, welche durch die Landesgrenzen entstehen, entspricht übrigens auch den Zielsetzungen des Rahmenabkommens des Europarats über grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Solche Kooperationen finden sich entlang der schweizerischen Grenzen fast überall.

Eine Tagung an der Universität Freiburg unter Mitwirkung der Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) von letzter Woche machte sich die Vielfältigkeit der grenzüberschreitenden Kooperation zum Thema. Es zeigte sich: Die Schweiz ist längst Teilhaberin am Europa der Regionen. Dabei ist freilich ihr finanzielles Engagement in den in den grenznahen Räumen initiierten Aktivitäten insgesamt geringer als jenes der EU und der entsprechenden EU-Mitgliedländer. Es beträgt rund 10 Prozent. Dennoch gilt das bisher Erreichte für alle Beteiligten als erfolgreich. Von vielen Projekten gehen «Wachstumsimpulse» aus. Die Weiterentwicklung und Vertiefung der grenzüberschreitenden Kooperation ist auch in Zukunft unabdingbar, darüber war man sich einig.

Ähnliche Zielsetzung

Der Generaldirektor der Europäischen Kommission für Regionalpolitik, Dirk Ahner, zeigte sich beeindruckt von den vielfältigen Projekten im Raum Basel. Er erinnerte daran, dass die Schweiz aber auch an den transnationalen Zusammenarbeitsprojekten der EU, wie jenem des Alpenraums, beteiligt ist. Als die grossen Themen der Regionalpolitik der Zukunft bezeichnete er die Folgen des Klimawandels und der demographischen Veränderungen, Fragen nach der Energieversorgung sowie den Auswirkungen der Globalisierung der Wirtschaft und der Tendenz zur sozialen Polarisierung. Mit der Schweiz gibt es zurzeit über 500 gemeinsame Projekte im Umfang von 560 Millionen Euro. Für die Periode 2007 bis 2013 wurden die EU-Mittel um 60 bis 70 Prozent gegenüber der Vorperiode erhöht.

Aus den Ausführungen von Staatssekretär Jean-Daniel Gerber ging hervor, dass die neue, seit diesem Jahr geltende Regionalpolitik der Schweiz in ihrer Zielsetzung mit jener der EU kompatibel ist. Sie ist mit ihr vergleichbar, indem es auch der Schweiz zentral um Kohäsion und Wachstum in den Regionen, um die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und die territoriale Zusammenarbeit geht. Aus den Erfahrungen mit Projekten grenzüberschreitender Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr, Gesundheitsversorgung, Bildung, Tourismus, des Katastropheneinsatzes, bei der Beratung für Grenzgänger usw. kristallisierte sich vor allem der Ruf nach Vereinfachung im administrativen Umgang mit Brüssel heraus.